



Antrag-Nr. VII-A-07865

Status: öffentlich

Eingereicht von:
AfD-Fraktion

Stammbaum:
VII-A-07865 AfD-Fraktion

Betreff:
Jetzt städtischen Blackout-Notfallplan für die Stadt Leipzig erstellen!

Beratungsfolge (Änderungen vorbehalten):
Gremium

Ratsversammlung
FA Allgemeine Verwaltung
FA Umwelt, Klima und Ordnung

Voraussichtlicher
Sitzungstermin

09.11.2022

Zuständigkeit

Verweisung in die
Gremien
1. Lesung
1. Lesung

Beschlussvorschlag

Der Oberbürgermeister wird beauftragt bis Ende des I. Quartals 2023 einen Blackout-Notfallplan vorzulegen.

Der städtische Notfallplan soll konkret darlegen, wie die Stadt im Falle eines sogenannten Blackouts, also eines langanhaltenden Zusammenbruchs der gesamten Strom- und Gasversorgung, die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung gewährleisten und die Versorgung der Bürger mit lebensnotwendigen Gütern, wie beispielsweise Wasser und Nahrungsmitteln, sicherstellen will.

Der Notfallplan soll so angelegt sein, dass er in den kommenden Monaten der jeweils aktuellen Entwicklung angepasst und weiterentwickelt werden kann.

Zusätzlich soll der Notfallplan durch eine Informationskampagne flankiert werden, die die Bürger zeitnah über persönliche Krisenvorsorge aufklärt.

Sachverhalt

Laut Expertenmeinungen ist es realistisch, dass in näherer Zukunft tagelange Strom- und/oder Gasausfälle (Blackout) eintreten könnten. Die Gasversorgung ist infolge der Sanktionen gegen Russland gefährdet. Zwar wurden Kohlekraftwerke in Deutschland teilweise wieder hochgefahren, aber dies soll nur übergangsweise sein und der Ausstieg aus der Kernkraft soll nach aktuellem Stand zum April 2023 erfolgen. Außerdem werden Hackerangriffe als ernstzunehmende und akute Gefahr angesehen.

Die Möglichkeit eines längeren Zusammenbruchs der Energieversorgung ist also als real zu bewerten. Unter anderem zeigt sich dies auch an der vor einiger Zeit erfolgten Warnung mehrerer Stadtwerke vor der Inbetriebnahme von Heizlüftern oder Ölradiatoren als Alternative zur Gasnutzung.

Unabhängig von etwaigen Blackout-Notfallplänen der Staats- oder Bundesregierung und deren prioritärer Zuständigkeit, ist ein städtisches Vorgehen als ergänzende und eigenständige Maßnahme erforderlich, um die Verwerfungen infolge eines Blackouts für die Leipziger Bürger soweit wie möglich zu verringern.

Ein längerer Zusammenbruch der Energieversorgung hat katastrophale Folgen für die elementaren Bedürfnisse der Bürger, wie die Versorgung mit Lebensmitteln und Wasser sowie die öffentliche Sicherheit. Vielen Bürgern ist der Ernst der Lage möglicherweise noch nicht bewusst, hier ist eine entsprechende Informationskampagne der Stadt für eigene Vorsorgemaßnahmen notwendig.

Die Zeit drängt. Ein weiteres Zuwarten und Hoffen auf mildes Wetter im Winter oder auf eine günstige Entwicklung in Politik und Energieversorgung wäre grob fahrlässig und verantwortungslos gegenüber den Bürgern der Stadt Leipzig.

Anlage/n
Keine